

## **Strafprozessvollmacht**

**Herrn RA** \_\_\_\_\_

wird hiermit in der Straf-, Privatklage, Bußgeld- bzw. Entschädigungssache

gegen: \_\_\_\_\_

wegen: \_\_\_\_\_

Vollmacht zur Verteidigung bzw. Vertretung in allen Instanzen sowie Vorverfahren und Ermittlungsverfahren nach der Strafprozessordnung und dem OWiG erteilt, welche insbesondere folgende Befugnisse umfasst:

1. Strafantrag, Antrag auf gerichtliche Entscheidung nach § 172 Abs. 2 StPO, Privat-, Neben- oder Widerklage (Antrag) zu stellen bzw. zu erheben und die jeweiligen Anträge zurückzunehmen;
2. in öffentlichen Sitzungen aufzutreten und den Unterzeichner in der Hauptverhandlung zu vertreten, §§ 234, 239 Abs. 1, 350 Abs. 2, 387 Abs. 1, 411 Abs. 2 Nr. 1 StPO; §§ 73, 74 OWiG
3. den Antrag auf Entbindung der Verpflichtung zum Erscheinen in der Hauptverhandlung (§ 233 StPO) zu stellen und zurückzunehmen;
4. in allen Instanzen als Verteidiger und/oder Vertreter zu handeln und aufzutreten sowie ggf. Untervollmacht – auch nach § 139 StPO – zu erteilen;
5. Rechtsmittel einzulegen, zurückzunehmen, zu beschränken und auf solche zu verzichten; Anträge auf Wiedereinsetzung, Wiederaufnahme des Verfahrens, Haftentlassung, Strafaussetzung, Kostenfestsetzung, Entschädigung (auch im Betragsverfahren) zu stellen und zurückzunehmen;
6. Zustellungen aller Art zu veranlassen und in Empfang zu nehmen;
7. Gelder, Wertsachen, Kosten, Bußzahlungen, Kautionen etc. mit rechtlicher Wirkung für und gegen den Unterzeichnenden in Empfang zu nehmen und Quittung hierüber zu erteilen.

### **Belehrung/ Bestätigung/ Sicherungsabtretung:**

Der Unterzeichner erteilt nach Belehrung seine Zustimmung dazu, dass seine personen- und mandatsbezogenen Daten durch den obig Bevollmächtigten EDV-mäßig verarbeitet und gespeichert werden.

Zugleich wird mit Unterschrift bestätigt, dass dem Unterzeichnenden die umseitig abgedruckten Allgemeinen Mandatsbedingungen vor Mandatserteilung ausgehändigt bzw. zur Kenntnis gesetzt und diese zum Inhalt des geschlossenen Mandatsvertrages gemacht wurden.

Wenn und soweit in einem Straf- oder Bußgeldverfahren die notwendigen Auslagen des Unterzeichnenden der Staatskasse auferlegt werden, tritt dieser den gegenüber der Staatskasse erwachsenden Anspruch zur Sicherung ggf. noch ausstehender Honoraransprüche bis zur Höhe der gesetzlichen Wahlverteidigergebühren zzgl. Auslagen und Mehrwertsteuer an den dies annehmenden obig bezeichneten Verteidiger ab.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_  
(Ort) (Datum)

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift Mandant)